

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Juni 2009

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

die Europawahl ist gelaufen. So mancher von uns wird jetzt vielleicht noch einige wenige Tage zum Durchschnaufen und für den Urlaub nutzen. Das ist auch gut so. Denn gleich danach starten wir allerorten in die kurze und umso heißere Phase des Kommunalwahlkampfes.

Die Kommunalwahl am 30.08. ist gerade auch für die AGS und die von uns vertretene Mittelstandspolitik ein ganz wichtiger Markstein: Noch nie zuvor haben so viele Mittelständler, Freiberufler, Handwerker für die Räte und Bezirksvertretungen oder für das Amt des Bürgermeisters oder Landrates kandidiert. Noch nie waren wir deshalb als AGSler so intensiv gefordert, Wahlkampf zu machen – für unsere Kandidaten und für die SPD vor Ort.

Hängt Euch deshalb rein, bringt Euch ein mit eigenen Aktionen und Aktivitäten, in die Wahlkampfarbeit der Partei und Eurer Fraktion. Geht an die Info-Stände, sucht das Gespräch mit Euren Mitarbeitern, mit Nachbarn, Freunden, Bekannten. Mobili-

siert für eine sozialdemokratische und mittelstandsfreundliche Politik in den Rathäusern unseres Landes. Macht darauf aufmerksam, dass man bereits mit der Wahlbenachrichtigung und seinem Ausweis auch vor dem eigentlichen Wahltermin direkt in den jeweiligen Wahlscheinstellen wählen kann, oder fahrt Eure Wähler direkt dorthin.

Organisiert AGS-Stammtische, Gesprächsrunden zur Mittelstandspolitik. Macht rege Pressearbeit, schreibt Leserbriefe.

Nutzt das Internet für unsere Argumente, für eine sozialdemokratische Mittelstandspolitik, die Arbeitsplätze sicherer macht und den Wieder-Aufschwung ermöglicht. Organisiert für unsere Spitzenkandidaten eine Wählerinitiative aus dem Mittelstand. Packt an, damit wir am Abend des 30. August gemeinsam stolz auf den Wahlkampfbeitrag der AGS sein können.

Lassen wir diese Chance nicht aus. Packen wir an. Da geht was!



In diesem Sinne grüßt Euch herzlichst

Gerhard Teulings

AGS-Landesvorsitzender NRW



AGSNRW

DELEGATION DER AGSNRW BESUCHT DIE „NORDKURVE“ IM WILLY-BRANDT-HAUS

Angela Layendecker, Ersin Erdal, Klaus-Peter Duhme und Michael Henke besuchten anlässlich der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands/Bundesausschusses der AGS auch die Berliner Wahlkampfzentrale.



Dabei ergaben sich interessanten Einblicke und Gespräche u.a. mit **Kajo Wasserhövel**, Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, und **Svenja Hinrichs**, Abteilungsleiterin „Kampagnen und Kommunikation“.



v.l.n.r.: Klaus-Peter Duhme, Ersin Erdal, Kajo Wasserhövel, Michael Henke und Angela Layendecker

Ersin Erdal, Migrationspolitischer Sprecher der AGS-NRW, und **Achim Post**, stellvertretender Bundesgeschäftsführer und Leiter der Abteilung „Internationale Politik“, tauschten sich intensiv über die Wahlkampfstrategie für die in Deutschland lebenden Migranten aus. Gemeinsam wurde festgehalten, dass innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe ein enormes Wählerpotenzial vorhanden ist und dass die AGS diese Gruppe für sich gewinnen muss. Deshalb wur-

de vereinbart, den Informationsaustausch zwischen dem Landesvorstand der AGSNRW und der Wahlkampfleitung zu verstärken. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten und Plattformen gefunden werden, um diese Gruppe noch gezielter anzusprechen.



Klaus-Peter Duhme weiß ganz genau, worauf es ankommt.

PRESSEMITTEILUNG DER BUNDES-AGS ZUR HOAI „UNSER WIDERSTAND HAT SICH GELOHNT!“

Zur kürzlich vom Bundesrat gebilligten Novelle der „Honorarordnung für Architekten und Ingenieurleistungen“ (HOAI) erklärt der Bundesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS):

Am 12.06. hat der Bundesrat der 6. Novelle der Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieurleistungen (HOAI) zugestimmt. Für viele Architektur- und Ingenieurbüros ist die HOAI eine lebensnotwendige Preisregelung. Daher war die Neuregelung der HOAI in diesem Jahr dringend geboten. Anderenfalls wäre die verbindliche Honorarregelung nach europäischem Gemeinschaftsrecht ersatzlos entfallen.

An der Novelle hat die AGS maßgeblich mitgewirkt. Gegen die ursprünglich durch Bundeswirtschaftsminister Glos geplante Änderung der HOAI haben wir verschiedentlich beim Bundeswirtschaftsminister interveniert. Unser Widerstand hat sich gelohnt. Gemeinsam mit den Architekten- und Ingenieurverbänden konnten wir eine völlig überarbeitete Fassung erstreiten. Sie bringt 10 % höhere Honorare und einen Umbauschlag von zukünftig 60 %. Die neue HOAI wird uneingeschränkt weiterhin bis zu Baukosten von 25,5 Millionen Euro gelten. Die ursprünglich geplante Absenkung auf 5 Mio. Euro ist vom Tisch.

Nicht alle Forderungen der AGS konnten wir durchsetzen. Schmerzlich ist insbesondere, dass für verschiedene Ingenieurleistungen wie Bauphysik, Schallschutz oder Bodenmechanik zukünftig keine verbindlichen Honorare gelten.

Wir empfehlen schon jetzt allen Architekten und Ingenieuren, entsprechende Übergangsklauseln für die neue HOAI in ihren Verträgen zu vereinbaren. <

ANDRÉ BRÜMMER ZUR PRAXIS DES BERUFSSCHULUNTERRICHTES



André Brümmer, stv.
Landesvorsitzender

Berufsschulunterricht dient der theoretischen Unterweisung unserer Azubis. Die Technik ist so komplex geworden, dass viele, insbesondere kleine Betriebe, mit einer umfassenden theoretischen Unterweisung überfordert wären.

Schon vor vielen Jahren haben wir uns für die Einführung eines

zweiten Berufsschultags eingesetzt, um unsere Azubis optimal auf die Anforderungen ihres Berufs vorzubereiten. Die theoretische Unterweisung an 2 Tagen kommt auch den Betrieben zu Gute! Die eher praxisbezogene Ausbildung in den Betrieben wird gründlich theoretisch unterfüttert, was zu besserem Verständnis des in der Praxis Gelernten führt. Je nach Stundentafel besteht für die Azubis die Pflicht, nachmittags wieder den Betrieben zur Verfügung zu stehen. Für den erweiterten Fachunterricht sollte bei uns also nicht nur Verständnis, sondern sogar Unterstützung bestehen. Das gilt allerdings nicht für Religions- und Sport-Unterricht. Das Durchschnittsalter bei Beginn der Ausbildung beträgt nicht mehr wie früher 14, sondern 17-18 Jahre! Jungen Menschen sollte aber zumutbar sein, in ihrer Freizeit Sport zu betreiben! Auch für das Pflichtfach Religion gilt, dass die ethisch-religiöse Unterweisung mit der Beendigung der Schulzeit nicht mehr zu Lasten der Ausbildungsbetriebe gehen kann!

Wir möchten uns mit diesem Thema in Land und Bund detaillierter beschäftigen und bitten daher um Kommentare unserer AGSler bzw. Leser an die Adresse andre.bruemmer@ags-in-nrw. <

LÄNDERÜBERGREIFENDE KOOPERATION PRESSEMITTEILUNG: NEUE AGS IM LANDKREIS ROTENBURG WÜMME (NIEDERSACHSEN) GEGRÜNDET



Angelika Dorsch, Vorsitzende der neu gegründeten AGS ROW

„Alle kriegen einen Schutzschirm und wir Mittelständler bleiben im Regen stehen“, „Nein, schlimmer noch: die Banken retten sich und schubsen uns noch in den Regen“. Diese und ähnliche Motive waren für mehrere Klein- und Mittelständische Unternehmer Anlass genug, sich der am 16.06. neu gegründeten Arbeitsgemein-

schaft Selbständiger in der SPD (AGS) im Landkreis ROW anzuschließen.

Dass Politik jetzt handeln muss, Entscheidungen schnell gefasst und umgesetzt werden müssen – das ist jedem klar. Wenn diese Entscheidungen aber nur einigen wenigen nutzen, während die Masse die Nebenwirkungen ausbaden muss, dann wird es Zeit, Flagge zu zeigen und Einfluss zu nehmen.

Partizipation ist das Stichwort, auch für Unternehmer in unserer Region. Dass die AGS aktuell in ganz Deutschland einen hohen Zulauf hat, stärkt natürlich ihre Relevanz und erhöht somit die Möglichkeiten der Einflussnahme. Dass dies zukünftig auch im Kreis Rotenburg Wümme so ist, dafür setzen sich mehrere Unternehmer vor Ort aktiv ein.

Jeweils einstimmig wurden Angelika Dorsch (Scheeßel) zur ersten Vorsitzenden, Anke Griepenburg (Zeven) und Jörg Goncz (Horstedt) zu ihren Stellvertretern sowie Gilberto Gori (Rotenburg) und Udo Vollmer (Tarmstedt) zu Beisitzern gewählt.

„Natürlich wird es eine Herausforderung, aber wer sich nicht bewegt, bewegt auch nichts. Keiner von uns hat sich selbständig gemacht, um untätig zuzusehen wie falsche Entscheidungen unsere Existenz gefährden.“, so die frisch gewählte Vorsitzende. Wer zukünftig über Aktionen und anstehende Termine informiert werden möchte, sendet einfach eine Mail an a.dorsch@marketing-easy.de. <

Im Vorfeld der Gründung der AGS ROW nutzten Angelika Dorsch und Michael Henke (Landesvorstand AGSNRW) insbesondere die sozialen Netzwerke Facebook und Twitter, um Informationen und Ideen auszutauschen. Eine engere Kooperation der AGS-Landesverbände NRW und Niedersachsen ist bereits angedacht.

CHRISTIANE SCHMITZ GRUNDLEGENDE AUSFÜHRUNGEN ZUR FINANZMARKTKRISE



Christiane Schmitz,
AGS-Landesvorstand

Die US Notenbank Fed (Federal Reserve) betrieb in den vergangenen zehn Jahren eine Politik extrem niedriger Zinsen. Dies hatte einen kreditfinanzierten Boom zur Folge. Die daraus resultierende Immobilienblase führte zu Belegung der Bauindustrie und der Konsumnachfrage, ähnlich, wie es die BRD nach der deutschen Wiedervereinigung beobachten konnten.

In der Spätphase des Booms vergaben Banken immer freizügiger Immobilienkredite – auch an sehr schlechte Schuldner (sogenannte „Sub-Prime“-Kredite) –, um weiterhin Zinseinnahmen zu generieren. Als Sicherheiten waren diese Krediten mit Häusern oder Gewerbeimmobilien unterlegt. Als in Folge die Immobilienpreise in den USA fielen, wurde dies zum Auslöser für die Krise. Die Sicherheiten der Kredite waren praktisch wertlos. Die Banken waren gezwungen, die Kredite in ihren Bilanzen abzuschreiben. Dies verringerte ihr Eigenkapital, welches zur Unterlegung der Kreditrisiken regelmäßig notwendig ist.

Ergebnis dieser Abschreibungen waren extrem hohe Verluste, die u. a. in Insolvenzen von Banken mündeten. Parallel zu dieser Finanzpolitik kauften Investoren auf der ganzen Welt derartige Kredite über sogenannte „Verbriefungen“ auf. Diese Verbriefung der Kredite – u. a. auch *Asset Backed Securities (ABS)* oder *Collateralized Debt Obligation (CDO)* genannt – versprach ihren Käufern hohe Renditen. Zur selben Zeit suchten weltweit unzählige Ersparnisse nach Rendite auf den Finanzmärkten. Dies stellte u. a. auch für europäische Banken als Investoren eine lohnende „Gelegenheit“ dar, insbesondere für solche Banken, die damit die mangelnde Kreditnachfrage im eigenen Institut kompensieren wollte, die teilweise dem fehlenden Geschäftsmodell und damit dem Fehlen der Kreditkundschaft geschuldet war. Darüber hinaus müssen Banken bei

einer Investition in Verbriefungen weniger Eigenkapital unterlegen, als dies bei einer „normalen“ Kreditvergabe der Fall ist. Dies führte zu einer Unterschätzung und damit zu einer ungenügenden Bepreisung der über Verbriefungen angekauften Kreditrisiken.

Exkurs: Wie genau funktioniert diese Verbriefung?

Der Clou des Konstruktes ist, dass die im Grundsatz nicht handelbaren Kredite in die Form eines Wertpapiers gegossen werden. Wertpapiere sind im Gegensatz zu Krediten fungibel, d.h. auf einem entsprechenden Markt handel- bzw. übertragbar. Damit diese Wertpapiere ihren Weg zum Investor finden können, müssen Sie über ein kompliziertes Verfahren bewertet und bepreist werden. Dies wird insbesondere durch eine Beurteilung von Ratingagenturen realisiert – private und gewinnorientierte Unternehmen, die gewerbsmäßig die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen aller Branchen, Staaten und deren untergeordneter Gebietskörperschaften durch eine Buchstabenkombination (Rating), die in der Regel von AAA bzw. Aaa (beste Qualität) bis D (zahlungsunfähig) reicht, bewerten.

Nun zurück zum Entstehen der Finanzmarktkrise: Neben der angespannten Lage bei Immobilienkrediten, welche die Eigenkapitaldecke der Banken bereits enorm belastete, war noch bedeutender für den Verlauf der Krise, dass plötzlich das Risikobewusstsein vieler Investoren in die Verbriefungen sprunghaft wuchs. Nachdem amerikanische Banken in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und teilweise insolvent wurden, wollte niemand mehr die verbrieften Kredite kaufen. Dies führte zu einem kompletten Zusammenbruch des Marktes für diese Wertpapiere. Der Kursverfall der Verbriefungen hatte in den Bilanzen der Banken enorme Verluste zur Folge. Dies schmälerte wiederum das Eigenkapital der Banken und die damit zur Vermeidung der Insolvenz notwendigen Rücklagen. Je stärker die Eigenkapitaldecke der betroffenen Banken schrumpfte, umso mehr reduzierten diese auch ihre Kreditvergabepraxis. Dies hatte im nächsten Schritt zur Folge, dass die Realwirtschaft in Finanzierungsschwierigkeiten geriet (Kreditklemme). Zusätzlich verminder-

te der mit der Finanzkrise einhergehende Verfall der Wertpapierpreise das Vermögen der privaten Haushalte, die ebenfalls in diese renditeträchtigen Verbriefungen investiert hatten (Stichwort „Lehman Oma“), wodurch sich das Konsumklima weiter verschlechterte. Aufgrund der weltweiten Beteiligung von Finanzinstitutionen am Handel mit Verbriefungen waren die Auswirkungen der Finanzmarktkrise weltweit zu spüren, und der Abschwung der Realwirtschaft erfasste alle wichtigen Wirtschaftsregionen gleichzeitig. Entscheidend mit geprägt wurde die Entwicklung des deutschen Verbriefungsmarktes durch die Verbriefungsaktivitäten der KfW. Dies gilt insbesondere für Kredite, die sich aufgrund hoher Heterogenität und geringer Standardisierung nur schwer am Kapitalmarkt platzieren lassen (z.B. Mittelstandskredite). Mit ihren seit 2000 bzw. 2001 etablierten standardisierten Verbriefungsplattformen (PROMISE, PROVIDE) hat die KfW vielen Banken effiziente synthetische Verbriefungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Es bleibt im Ergebnis festzuhalten:

Kredite sind hoch individuelle Geschäftsbeziehungen, die auch über eine Verbriefung nicht unkomplizierter werden. Sie haben etwas mit der Bonität jedes einzelnen Kreditnehmers, der Sicherheitenbewertung, dem jeweiligen Marktumfeld und der zugrunde liegenden Volkswirtschaft zu tun. Nicht umsonst müssen ausländische Banken, die in Deutschland über eine Niederlassung im Kreditvergabemarkt tätig werden wollen, eine Erlaubnis der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungsinstitute (BaFin) einholen, von der sie sodann überwacht werden. Das verloren gegangene Vertrauen in das Kreditgeschäft, welches Grundlage für einen entsprechenden Verbriefungsmarkt ist, muss wieder hergestellt werden.

Die AGSNRW stellt deshalb nachstehend aufgeführte Forderungen an die Regulierung des Verbriefungsmarktes:

1. Die EU hat über entsprechende Richtlinien sicherzustellen (EU-Finanz-TüV), dass der Ankauf verbriefteter Kreditforderungen durch systemrelevante Finanzdienstleistungsinstitute wie u.a. Banken/Versicherungen/Pensionskassen, den glei-

chen Prüfungs- und Bewertungsstandards (hinsichtlich der Bonität und der Sicherheiten des Kreditnehmers) unterliegt, wie die herkömmliche Kreditvergabe einer deutschen Bank. Der Ankauf verbriefteter Kredite, die außerhalb der EU vergeben wurden, ist nur erlaubt, wenn das ankaufende Finanzdienstleistungsinstitut über eine entsprechende Niederlassung und Erlaubnis für das Kreditgeschäft im jeweiligen Nicht-EU-Land verfügt. Es hat der zuständigen Solvenzaufsicht (in Deutschland der BaFin) nachzuweisen, dass die Kreditvergabe in dem Nicht-EU-Land den gleichen Prüfungs- und Bewertungsstandards unterliegt, wie die Kreditvergabe in Deutschland. Bislang wurde die Prüfung der Kreditqualität solcher Verbriefungen auf externe Ratingagenturen, die außerhalb der nationalen Solvenzaufsicht liegen, übertragen. Sofern eine solche Prüfung weiterhin durch Ratingagenturen durchgeführt werden soll, ist auf EU- bzw. national-gesetzlicher Ebene sicherzustellen, dass die Prüfungs- und Bewertungsstandards der Ratingagenturen der einer deutschen Bank gleichkommen. Die Ratingagenturen müssen zudem einer staatlichen Aufsicht unterstellt werden.

2. Für den Fall, dass die Erfüllung der unter Ziffer 1 aufgestellten Forderungen – insbesondere in Bezug auf den Ankauf außerhalb der EU liegender Kreditforderungen – nicht gewährleistet werden kann, darf der Verbriefungsmarkt nur unter folgenden Voraussetzungen aufrecht erhalten werden:
- › Investition in solche Verbriefungen dürfen nur noch von Investoren durchgeführt werden, die nicht systemrelevant sind, d.h. die keine Banken/Versicherungen/Pensionsfonds sind;
 - › der Austausch von Krediten über Verbriefungen ist ausschließlich innerhalb eines Finanzverbands mit gemeinsamer Sicherungseinrichtung – bspw. Genossenschaftssektor/Sparkassenverband – zulässig, und zwar nur für Kredite, die originär von einem dem Finanzverband anhängigen Kreditinstitut vergeben wurden.

Christiane Schmitz, Rechtsanwältin aus Köln, ist Mitglied des Vorstands der AGSNRW und dort zuständig für die Bereiche Finanz- und Wirtschaftspolitik.

ANDRÉ STINKA

**STELLVERTRETENDER LANDESVORSITZENDER
DER AGSNRW UNTERWEGS IN ...**



Seinen Besuch von Unternehmen auf der Hannover Messe nutzte André Stinka MdL, Stv. Landesvorsitzender der AGS in NRW und SPD-Landratskandidat im Kreis Coesfeld (r.), auch zu einem Informationsaustausch mit Prof. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister a. D. und ehemaliger Vorsitzenden des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (l.). Töpfer ist nun Direktor des neu gegründeten Instituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit in Potsdam.

Zusammen mit dem SPD-Landratskandidaten aus Recklinghausen Cay Süberkrüb (3.v.r.) und dem ersten Vorsitzenden des „h2 Netzwerks-Ruhr“ Volker Lindner (4.v.l.) besuchte er das Wasserstoffkompetenzzentrum auf dem ehemaligen Zechengelände der Zeche Ewald in Herten.



Hier entsteht ein Wasserstoffkompetenzzentrum als Teil des „h2 Netzwerks“, bestehend aus den Städten Bottrop, Marl, Gladbeck und Herten. Am Standort soll aus Pflanzenresten regenerativer Wasserstoff gewonnen werden.

Die Westfleisch-Zentrale in Coesfeld war Ziel seines Besuchs in Begleitung von u. a. Angelika Schwall-Düren, Stellv. Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Jür-

gen Coße, SPD-Europakandidat des Münsterlandes sowie den Landtagsabgeordneten Gabriele Sikora und Wolfram Kuschke.



Allein in Coesfeld hat Westfleisch 750 Mitarbeiter, darunter zahlreiche Auszubildende. Die Jahresproduktion in Coesfeld liegt bei 1,68 Mio. Schweinen, die Fleischproduktion bei 231.660 Tonnen pro Jahr. Im Firmenverbund, zu dem weitere Standorte in Nordrhein-Westfalen gehören, verfügt das Unternehmen über 4.940 Arbeitsplätze, die einen Fleischabsatz von 808.000 Tonnen gewährleisten und einen Umsatz von rund 2 Mrd. Euro erwirtschaften. <

UMFRAGEERGEBNIS**MITTELSTÄNDLER SEHEN SICH ALS ANTREIBER DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT**

Kleine und mittlere Unternehmen befürchten wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Probleme durch die Wirtschaftskrise – und sehen sich für Deutschland in der Verantwortung.

Das geht aus einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) hervor, für die rund 1.200 Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern befragt wurden.

Mittelstand in der Mitte der deutschen Wirtschaft

Demnach sehen sich mittelständische Betriebe in der Verantwortung für die deutsche Wirtschaft: Nach eigener Einschätzung orientieren sie sich weniger an Renditezielen, sind regional verankert und flexibler als Groß-Unternehmen.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) betrachten sich außerdem als Antreiber des wirtschaftlichen Wettbewerbs.

Nur rund jeder fünfte mittelständische Betriebsinhaber nehme eine Extremposition ein, wonach das Soziale in der marktwirtschaftlichen Ordnung nachrangig ist und Unternehmen nur für sich selbst verantwortlich sind.

Neues Misstrauen befürchtet

Probleme aufgrund der Krise befürchteten die Unternehmer vor allem in den Finanzbeziehungen: Neun von zehn Unternehmen gingen davon aus, dass es zu einem grundsätzlichen Misstrauen zwischen Banken und Unternehmen kommt. Außerdem sorgten sich acht von zehn Mittelständlern über einen zu starken Staat. Sieben von zehn Unternehmen befürchten der Studie zufolge außerdem, dass die Wirtschaftskrise zu einer Stärkung der politischen Ränder in Deutschland führt.

Mangelndes Vertrauen in Soziale Marktwirtschaft prognostiziert

Sechs von zehn Mittelständlern meinten, dass das Vertrauen der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft

schwinden wird. Vier von zehn Unternehmen glaubten sogar, dass auch die Betriebe der hiesigen Wirtschaftsordnung künftig weniger wohl gesonnen sein werden. Optimistisch gestimmt sei in dieser Hinsicht nur ein Drittel der mittelständischen Unternehmen. Diese Unternehmer seien der Ansicht, dass die Krise auch wieder vorbeigeht.

Reformbedarf bei der Sozialen Marktwirtschaft

Für drei Viertel der Befragten sei die Soziale Marktwirtschaft auch zukünftig das Leitbild für die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gleichwohl sehe knapp die Hälfte der Betriebe aber Reformbedarf: 40 Prozent der Reformbefürworter plädierten der Umfrage zufolge für mehr Wettbewerb. Etwa ebenso viele Befragte forderten dagegen mehr Regulierung. Nur eine Minderheit sei der Ansicht, dass die soziale Absicherung künftig stärker ausgebaut werden müsse.

Weitere Informationen:

- Umfrage: Deutsche Unternehmer hängen an der Sozialen Marktwirtschaft ([Link](#))
- Wirtschaft: Standort Deutschland verliert an Boden ([Link](#))

MITTELSTAND IN NRW**WIRTSCHAFT.NRW.DE: DER MITTELSTAND ALS TRAGENDE SÄULE DER WIRTSCHAFT**

Nordrhein-Westfalen ist das Land des Mittelstands: Rund 748.000 kleine und mittlere Unternehmen bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Region.

68 % der Arbeitnehmer und 82 % der Auszubildenden sind in mittelständischen Unternehmen tätig. Zusammen erwirtschaften sie 42 % der Nettowertschöpfung des Landes. Das Handwerk ist mit rund 175.000 mittelständischen Betrieben in NRW vertreten und mit rund einer Million Beschäftigten zugleich der größte Arbeitgeber im Lande.

Besondere Bedeutung für NRW haben Existenzgründungen. Sie geben der Wirtschaft neue Impulse – etwa indem sie innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln und Arbeitsplätze schaffen. Fast jeder zehnte Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen arbeitet in einer Firma, die nicht älter als fünf Jahre ist.

GÜNTER VERHEUGEN WIRTSCHAFTSPOLITIK IST MITTELSTANDSPOLITIK

Im Handwerksblatt hat sich EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) dafür ausgesprochen, in der Wirtschaftspolitik zuerst an die Bedürfnisse des Mittelstandes zu denken.

„Weil diese Betriebe die wirtschaftliche und soziale Stabilität darstellen und weil sie zwei Drittel aller gewerblichen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen“. Diese Lebenswirklichkeit sei eben nicht bei Opel, Mercedes oder Siemens, sondern bei den inhabergeführten Unternehmen, wird Verheugen im Handwerksblatt zitiert. Zitat: *„Ich verstehe deshalb auch nicht, warum die Politik bei den Großunternehmen immer sofort zur Stelle ist, die kleinen und mittleren Betriebe bei Problemen aber auf die Gesetze der Marktwirtschaft verwiesen werden“.*

HANDWERK WEGE ZU NEUEN GESCHÄFTSFELDERN: HANDWERKSKAMMER STARTET INNOVATIONSOFFENSIVE

Die Handwerkskammer Münster möchte die Handwerksbetriebe im Kammerbezirk dabei unterstützen, ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Sie rief dafür am „1. Innovationstag Handwerk NRW“ die „Innovationsinitiative“ ins Leben. Partner der Initiative sind der Technologie-Transfer-Ring Handwerk NRW (TTH) und das Zentrum für Handwerk und Wissenschaft.

Tipps für die Initialisierung von Innovationsprozessen gab Prof. Friedrich Kerka vom Institut für angewandte Innovationsforschung den 70 Teilnehmern am Innovationstag: Er riet, mit Gewohnheiten zu brechen und Neues auszuprobieren. Andere Denkweisen ins Bewusstsein zu rufen und umzusetzen, sei oft ein erster Schritt für erfolgreiche Innovationen.

Hilfen zur Umsetzung stellte Hans-Rüdiger Munzke, Geschäftsführer des Ingenieurbüros IdeenNetz, vor.

Das Ziel des Ideenmanagements sei es, Leistungsreserven zu mobilisieren und ein kreatives Arbeitsklima zu fördern.

Vor der Umsetzung von Ideen und Innovationen ist es wichtig, die passenden Schutzrechte zu sichern. Im Rahmen der „SIGNO-KMU-Patentaktion“ werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Unternehmensgründer bei der Sicherung ihrer Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung und deren Nutzung durch gewerbliche Schutzrechte unterstützt. Dafür ist es wichtig zu wissen, ob es die entwickelte Innovation schon gibt. Qualitativ hochwertige Recherchen sind erforderlich, um die Chancen für die Patentfähigkeit abzuschätzen und eine Basis für die Anmeldung zu schaffen.

Über dieses und weitere Förderprogramme informiert bei der Handwerkskammer Münster:

➤ Hans-Dieter Weniger, Tel.: 0251 / 5203-120, eMail: hans-dieter.weniger@hwk-muenster.de

HANDWERK ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN GEHEN ELEKTRONISCHE WEGE

Ab 2010 beabsichtigt der Bund, öffentliche Ausschreibung für Bauleistungen, Warenlieferungen und Dienstleistungen ausschließlich elektronisch durchzuführen.

Über die Voraussetzungen für die Teilnahme an der E-Vergabe des Bundes und der Länder informiert das Münsterländer Kompetenzzentrum für den elektronischen Geschäftsverkehr (MÜKE) der Handwerkskammer Münster in einer kostenfreien Expertensprechstunde für kleine und mittlere Unternehmen aller Branchen.

Die Expertensprechstunde ist am **30. Juli von 13 bis 16 Uhr** das erste Mal im Handwerkskammer Bildungszentrum Münster (HBZ, Echelmeyerstraße 1-2 in Münster) geöffnet.

Anmeldung:

➤ Handwerkskammer, Norbert Speier, Tel.: 0209 / 38077-22, eMail: norbert.speier@hwk-muenster.de

BILDUNG**HOCHSCHULKONZEPT DER NRWSPD**

Die NRWSPD will die Hochschulen im Land für Anwärter ohne Abitur öffnen. Vor allem Handwerker, aber auch andere Berufsgruppen sollen nach einer Eingangsprüfung die Möglichkeit zum Vollstudium haben. Anders als es Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) plant, ist für die SPD im Falle einer Regierungsübernahme auch der Meisterbrief nicht Bedingung, um in NRW studieren zu können.

Die Forderung ist Teil des vom Landesparteirat in Bochum beschlossenen Hochschul-Konzepts für die Landtagswahl 2010. Darin schlägt die SPD vor, erbrachte Leistungen in der Berufsausbildung stärker zu gewichten und bei der Bewerbung fürs Studium anzurechnen. Dazu soll die Zusammenarbeit zwischen Uni und Betrieb verbessert werden.

Kern des Papiers ist die Abschaffung der Studienbeiträge. Jedes Studium soll bis zum ersten Abschluss gebührenfrei sein. Auch so genannte Langzeitstudenten sollen nicht zur Kasse gebeten werden. Die meisten Unis in NRW verlangen derzeit eine Semestergebühr von 500 Euro.

Um neue „Karrierewege“ in der Wissenschaft zu fördern, will die SPD die Juniorprofessur zum Regelfall ausbauen. Eine Privatisierung von Hochschul-Aufgaben lehnte der „kleine Parteitag“ der SPD ab. Auch die Uni-Kliniken müssten in öffentlicher Verantwortung bleiben. <

NORBERT RÖMER**REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD GUT FÜR ENERGIELAND NRW**

„Mit dem in Berlin beschlossenen Regierungsprogramm stellen wir die Weichen für eine moderne Energiepolitik in Deutschland. Es trägt die Handschrift der NRWSPD. Davon profitiert NRW als Energie- und Industrieland Nummer eins ganz besonders“, begrüßt Norbert Römer, der Energieexperte der NRWSPD, das am Sonntag auf dem SPD-Bundesparteitag beschlossene Regierungsprogramm der SPD für die Jahre 2009 bis 2013 [...]

> Weiterlesen auf www.nrwspd.de

RAINER SCHMELTZER MDL**MINISTER ZU GUTTENBERG MUSS UNVERANTWORTLICHE ZAHLENTRICKSEREI BEI DER AUSBILDUNG BEENDEN**

Rainer Schmelzer, MdL

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Rainer Schmelzer, hat den Versuch der Wirtschaftsverbände und des Bundeswirtschaftsministers, den Bedarf an Ausbildungsstellen runterzurechnen, scharf kritisiert.

„Bundesarbeitsministers Olaf Scholz hat auf Basis seriöser Zahlen einen bundesweiten Bedarf an 600.000 Ausbildungsplätzen für dieses Jahr errechnet. Der Versuch der Wirtschaftsverbände und von Minister zu Guttenberg, diese Zahlen jetzt klein zu rechnen, und sich so ein Stück weit aus der Verantwortung zu stehlen, ist unverantwortlich. Das ist Zahlentrickserei auf dem Rücken junger Menschen.“

Dass ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister eine niedrigere Ausbildungsstellenzahl als der Bundesarbeitsminister anstrebe, sei wirtschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch kurzsichtig. „Nicht adlige Zurückhaltung, sondern aktive Übernahme von Verantwortung für die Zukunft ist jetzt gefragt. Neben rückläufigen Schulabgängerzahlen haben wir eine steigende Anzahl unversorgter Altbewerber. Alleine in Nordrhein-Westfalen sind dies rund 60.000. Wenn die Talsohle der Wirtschaftskrise durchschritten ist, brauchen wir ausgebildete Fachkräfte und nicht zusätzliche Arbeitslose ohne Berufsausbildung“, forderte Schmelzer.

Die von Arbeitsminister Scholz angestrebte Marke von 600.000 Berufsausbildungsstellen in diesem Jahr sei ein realistisches Ziel für 2009. Schmelzer: „Für ausreichende Ausbildungsplätze zu sorgen, ist sowohl für die Jugendlichen als auch die Wirtschaft nachhaltig. Wenn sich schon NRW-Arbeitsminister Laumann diesen Herausforderungen verweigert, muss die Bundespolitik so handeln wie Olaf Scholz es angeregt hat.“ <

PANDEMIE

DIE „SCHWEINEGRIPPE“ – MASSNAHMEN DER BETRIEBLICHEN VORSORGE

Was ist Pandemie?

Eine Pandemie weist über einen größeren Zeitraum hinweg eine zunehmende Zahl von Erkrankungsfällen auf und breitet sich über mehrere Länder und Kontinente hinweg aus (Ursprung der aktuellen Influenza-Pandemie vermutlich in Mexiko). Im Gegensatz zu anderen Not- und Katastrophenfällen (Erdbeben, Großunfälle usw.) ist die Pandemie räumlich und zeitlich nicht begrenzt. Die Weltgesundheitsorganisation hat am 29. April 2009 die pandemische Warnphase 5 (von 6) ausgerufen. Phase 5 wird charakterisiert durch eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung des Virus in mindestens zwei Staaten einer WHO-Region. Weltweit müssen sich die Länder auf ein Ereignis vorbereiten, dessen Ausmaß sie noch nicht genau kennen. Für Deutschland veröffentlicht das Robert-Koch-Institut deshalb Situationseinschätzungen auf den Internetseiten (www.rki.de), die auch regelmäßig an die Landesbehörden weitergeleitet werden, damit die Gesundheitsämter vor Ort ebenfalls Auskunft geben können.

Wie ist der aktuelle Stand der Pandemie?

Die Mensch-zu-Mensch-Übertragung erfolgt vorwiegend durch Tröpfchen-Infektion, zum Beispiel beim Husten oder Niesen. Die Symptome der „Neuen Grippe“ sind plötzlich auftretendes Fieber, Müdigkeit, Kopf- und Gliederschmerzen, Appetitlosigkeit und Husten. Einige Menschen berichteten auch über Schnupfen, Halsschmerzen, Übelkeit, Erbrechen und Durchfall. Die genaue Ansteckungszeit ist noch unbekannt, wird aber zwischen 1 bis 5 Tagen vermutet. Einen Impfstoff gibt bisher nicht, Hygiene ist aber ein bedeutender Beitrag zur Vorbeugung der Influenza. (*Hygienempfehlungen unter www.wir-gegen-viren.de*).

Betriebliche Vorsorge

Neben den Vorkehrungen auf nationaler und Länderebene ist vor allem die betriebliche Vorsorge von Bedeutung. Ein vorhandenes innerbetriebliches Krisenmanagement bzw. ein Notfallplan sollen auf

den Fall eine Pandemie hin geprüft und ggf. erweitert werden. Zu den vorbeugenden Maßnahmen zählt hier – neben der regelmäßigen Information in entsprechenden Veranstaltungen und Medien – das Erstellen eines betrieblichen Pandemieplans. Drei Schritte sind für diese Planung (laut Handbuch betriebliche Pandemieplanung) zu empfehlen: ^

- Klären möglicher Auswirkungen auf das Unternehmen (Kunden- und Leistungsverpflichtungen, Definition unentbehrlicher Geschäftsprozesse) und deren Konsequenzen.
- Klären der Prioritäten für die Versorgung (Lieferanten, Versorgung mit Wasser / Strom / Gas), für die Überwachung von Betriebsabläufen und die Abhängigkeit von Genehmigungen und behördlichen Freigaben.
- Pandemieplan zur Chefsache machen: Stufenplan der Maßnahmen erarbeiten (Wer macht was wann?), Verantwortliche für die Vorbereitung der Pandemie bestimmen (multidisziplinäres Team aus Medizinischer Dienst, Personalbereich, Gesundheitsamt usw.), interne und externe (transparente) Kommunikationsregeln und -verantwortlichkeiten festlegen, innerbetriebliche Verhaltensregeln (Erkrankung, Hygiene, Gefahr usw.) festlegen.

In jedem Fall sollte eine umfassende Information und Aufklärung über unterschiedliche Medien inner- und außerhalb des Unternehmens während der Pandemie sicher gestellt werden.



Jörg Brandes, AGS-Landesvorstand

Jörg Brandes, AGS-Vorstandsmitglied und Sachverständiger für Innenraumschadstoffe, berät Unternehmer im Bereich der Innenraumhygiene und führt auch Gespräche zum Thema Epidemie und Pandemie. Aus Erfahrung weiß er, dass das Erstellen des Handbuches für den Pandemiefall entsprechendes Kopfzerbrechen bereitet.

Aus seiner Sicht stellen sich für die Unternehmen für die Erarbeitung des Planes vor allem folgende Ausgangsfragen:

- > Produziere ich wirklich elementar wichtige Produkte oder Dienstleistungen für das tägliche Leben?
- > Habe ich besondere Verantwortung für mir anvertraute Personen / Personengruppen, z.B. Kindergärten / Seniorenheime / Kinderheime?
- > Muss ich meine Präsenz / Produktion aufrecht erhalten?
- > Will ich meine Präsenz / Produktion aufrecht erhalten?

Aus den Antworten dieser Fragen ergibt sich dann im Folgenden die Struktur des Handbuchs für den Pandemiefall oder auch Epidemiefall. Diese Entscheidung sollte, so Jörg Brandes, in erster Linie der

Unternehmer treffen, der dann mit dem Stab seiner Mitarbeiter einen für sein Unternehmen optimal passenden Epi-/Pandemieplan erstellt.

Externe können hierbei sicherlich hilfreiche Anregungen, Sichtweisen und Fachwissen beisteuern. Hinzu kommt die gleichzeitige Einbindung des Pandemieplanes in die innerbetriebliche Qualitätssicherung, in die bestehenden Notfallpläne, in die vorhanden Rahmenhygienepläne usw.

Die Erstellung eines solchen Pandemieplans bzw. -handbuchs schützt nicht vor dem Auftreten einer Pandemie, hilft aber, deren innerbetriebliche Auswirkungen zu reduzieren. 

NETZPOLITIK

STELLUNGNAHME DES SPD-ONLINE-BEIRATS ZUM GESETZ FÜR INTERNETSPERREN

Wir fordern die SPD-Fraktion auf, gegen das geplante Gesetz zu den Netzsperrern („Kinderpornographiebekämpfungsgesetz“) zu stimmen. Der mit der Union ausgehandelte Kompromiss ist absolut inakzeptabel, was man bereits an der Begeisterung erkennt, mit dem der Koalitionspartner zugestimmt hat.

Unter den vielen Gründen, die für die Ablehnung sprechen, möchten wir drei besonders herausheben.

1. Es handelt sich um ein Gesetz, das einen Zensurmechanismus errichtet. Die Angst der Bürger, dass dieser Mechanismus mißbraucht wird, ist angesichts der vielen Forderungen der Ausdehnung der Netzsperrern hoch berechtigt. Unabhängig von der Intention des Gesetzgebers besteht die Gefahr, dass Gerichte die Nutzung einer einmal aufgebauten Zensurinfrastruktur auch auf andere Tatbestände ausdehnen werden.
2. Der notwendige Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie muss intensiv und vorbehaltlos geführt werden, aber mit effektiven Mitteln. Die Netzsperrern sind erwiesenermaßen ineffektiv und zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit grundgesetzwidrig. Sie berücksichtigen nicht, dass Kinderpornografie im Internet fast ausschließlich in geschlossenen Nutzergruppen wie Foren oder Chat-Systemen verbreitet wird. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion hat das Wirtschaftsministerium bestätigt, dass die Bundesregierung keine Erkenntnisse über die internationale Verteilung von Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten hat. Auch liegen keine Informationen vor, in welchen Staaten Kinderpornografie nicht verfolgt wird.

3. Die SPD ist dabei, sich für die Digitale Generation unwählbar zu machen. Das wird sich bereits bei Bundestagswahl niederschlagen, weil mit der Entscheidung für die Netzsperrern jeder Internet-Wahlkampf ad absurdum geführt wird – erst recht, weil der Online-Wahlkampf 2009 unter der besonderen Aufmerksamkeit aller Medien steht. Eben die Klientel, die Barack Obama zum mächtigsten Mann der Welt gemacht hat, die Multiplikatoren im Netz nämlich, sehen in den Netzsperrern einen Verrat an allen Werten, die die SPD ausmachen: Demokratie, Fortschritt, Teilhabe. Es gibt eine handvoll lauter Stellvertreter dieser Generation; hinter ihnen stehen die 130.000 Mitzeichner der erfolgreichsten Petition aller Zeiten – aber auch die vielen Millionen jungen Menschen, die zum Teil schon wählen können und für die das Netz nicht einfach ein weiterer Medienkanal ist. Sondern der Ort, wo die Gesellschaft, ihre Gesellschaft stattfindet. Unwählbarkeit bedeutet hier für eine Partei also, sich jede Zukunftschance zu vernichten.

Wir, der Online-Beirat sehen in der Zustimmung zu diesem Gesetz daher einen fatalen Fehler, dessen tiefgreifendes Ausmaß für viele jetzt noch nicht abzuschätzen ist – in jedem Fall aber der SPD dramatisch schaden wird. Bitte stimmen Sie deshalb auch in Ihrem eigenem Interesse gegen die Netzsperrern!

Berlin, 17. Juni 2009

Das Gesetz wurde am 18.06. mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. Von den Mitgliedern der SPD-Fraktion stimmten lediglich Jörg Tauss (mittlerweile aus der Partei ausgetreten), Dr. Wolfgang Wodarg und Steffen Reiche dagegen.

Man kann in Deutschland – anders als in den USA – im Jahr 2009 noch keine Wahl im Internet gewinnen. Aber verlieren.

– Michael Henke

FÖRDERMITTEL

ACHT REGELN FÜR DEN ANTRAG ÖFFENTLICHER FÖRDERMITTEL

Trotz der Finanzmarktkrise könnten kleinere Unternehmen von öffentlichen Geldquellen profitieren, berichtet impulse-gruenderzeit.de. In einer Checkliste sind die wichtigsten Regeln für den Antrag zusammengestellt.

1. **Antrag:** Stellen Sie den Antrag vor dem Beginn Ihres Vorhabens. Unterstützt werden in der Regel alle Forschungsprojekte zur Entwicklung neuer Produkte, Expansionen, Nachfolgeregelungen und die Beratung durch Experten. Umschuldungen und Sanierungsfälle werden nicht finanziert.
2. **Konditionen:** Die Zinssätze werden regelmäßig an die Entwicklung am Kapitalmarkt angepasst. Sie können sich darüber im Internet informieren, zum Beispiel bei der KfW-Mittelstandsbank.
3. **Region:** Oft werden nur Vorhaben in bestimmten Regionen gefördert. Prüfen Sie vorher, wo Sie investieren wollen.
4. **Hausbank:** Die Hausbank muss mit dem Vorhaben einverstanden sein. Die meisten Anträge werden über sie abgewickelt.
5. **Planung:** Sie haben keinen Rechtsanspruch auf öffentliche Fördermittel. Planen Sie dies im Vorfeld ein. So können Sie auch ohne Unterstützung Ihre Pläne umsetzen.
6. **Strategie:** Öffentliche Gelder sind nur eine Unterstützung. Sie müssen sich deshalb mit eigenem Kapital an der gesamten Finanzierung beteiligen.
7. **Kombination:** Projekte können aus verschiedenen Töpfen unterstützt werden. Erkundigen Sie sich über mögliche Kombinationen.
8. **Dokumentation:** Sie müssen die Verwendung der Fördermittel dokumentieren. Diese dürfen nur für den vorgegeben Zweck verwendet werden.

Weitere Informationen:

- > Fördermittel für Selbständige: Die zehn wichtigsten Förderprogramme auf einen Blick ([Link](#))
- > Einführung: Das müssen Unternehmer über Fördermittel wissen ([Link](#))

BEST AGER 50PLUS

BESCHÄFTIGUNGSPAKT FÜR ÄLTERE ARBEITSSUCHEnde ERWEITERT

Gelsenkirchen. Der „Beschäftigungspakt für Ältere Arbeitsuchende im Revier“ war schon im letzten Jahr überaus erfolgreich: Insgesamt konnten in den bis dahin angeschlossenen Paktstädten Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck und Oberhausen 2.574 Aktivierungen bei älteren Arbeitssuchenden und 414 konkrete Vermittlungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorgenommen werden.

Inzwischen hat sich der Pakt, der von der Gelsenkirchener Arbeitsförderungs-gesellschaft (GAFöG) in Kooperation mit dem Integrationscenter für Arbeit (IAG) koordiniert wird, erheblich erweitert: Bereits zum 1. Januar diesen Jahres ist Mülheim hinzugekommen. Ab dem 1. Juli schließen sich neue Job-Clubs in Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Marl und Castrop-Rauxel dem Beschäftigungspakt an. Die jeweiligen AGS-Stützpunkte sollten den Job-Clubs einen Informationsbesuch abstatten.

Weitere Informationen:

> <http://www.best-ager-50plus.de/>

JOBS

SOZIALDEMOKRATIN SUCHT ...



Lydia Pokall

Als Managementassistentin sind die Organisation und Koordination der täglichen Sekretariatsarbeit, Korrespondenz, Kundenempfang, Chefentlastung sowie wechselnde Projekte meine täglichen Aufgaben.

Langjährige Erfahrungen in den Bereichen *Personal-/Rechnungswesen* sowie *Öffentlichkeitsarbeit* und eine *Tätigkeit als Dozentin* ergänzen mein Profil. Ich suche eine neue Aufgabe im Sekretariat oder in der Assistenz mit einem netten Chef / Team im Großraum Dortmund ab 30 Stunden. Sollte mein Profil Sie neugierig gemacht haben, sende ich Ihnen gerne meine vollständige Bewerbungsmappe zu. Ich freue mich auf Ihre Antwort! <

(Kontakttaufnahme bitte über redaktion@ags-in-nrw.de)

KURZ NOTIERT

Checkliste: Fünf Gefahren beim Home-Büro für Selbständige

Viele Selbständige arbeiten aus Kostengründen von zu Hause aus. Aber der Job in den eigenen vier Wänden hat auch seine Schattenseiten.

>>> mehr

Gründer-Service: Kostenlose Online-Rechner zur Businessplan-Erstellung

Kapitalbedarf, Finanzierungsplanung oder erwartete Rentabilität: In einen Businessplan gehören zahlreiche Informationen. Drei kostenlose Rechen-Tools unterstützen Sie bei Ihrer Finanzplanung.

>>> mehr

Studie: Die meisten Arbeitnehmer wollen keine Betriebsrente

Fast 40 % der deutschen Arbeitnehmer in mittelständischen Betrieben sind nicht an einer betrieblichen Altersvorsorge (bAV) über den Arbeitgeber interessiert.

>>> mehr

Betriebsprüfung: Steuerfahnder setzen neue Software gegen Kleinstbetriebe ein

Der Fiskus wendet eine neue Software gegen Steuerhinterzieher an. Im Fokus: Kleinunternehmen, die nicht für jeden Kunden eine Rechnung schreiben, z.B. Friseure.

>>> mehr

Aufträge: Sechs Inhalte des neuen Vergaberechts

Mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat die Regierung die Auftragsvergabe für Betriebe erleichtert. Die wichtigsten Änderungen finden Sie hier.

>>> mehr

Wirtschaftsflaute: So vermeiden Sie Liquiditätsprobleme

Steuervorauszahlungen, steigende Ausgaben und sinkende Erlöse: Eine Wirtschaftsflaute wird für Unternehmen zur Bewährungsprobe. Wie Unternehmer haushalten sollten, lesen Sie hier.

>>> mehr

Mittelstandsbericht: Mittelstand kaum von Rezession betroffen

Der Mittelstand ist wesentlich weniger von der Wirtschaftskrise betroffen als die übrige Wirtschaft.

>>> mehr

Urteil: Private Altersvorsorge von Selbständigen stärker geschützt

Die private Altersvorsorge von Selbständigen ist künftig besser geschützt, wenn sie in die Arbeitslosigkeit rutschen.

>>> mehr

Download: Kostenloser Liquiditätsplan für Betriebe

Liquidität auf einen Blick: Eine Exceltabelle unterstützt kleine Betrieben bei ihrer Liquiditätsplanung.

>>> mehr

Übersicht: Fördermittel für Azubis auf einen Blick

Bund und Länder unterstützen die Ausbildung in oder über Betriebe: Eine Übersicht der bundesweiten Förderprogramme finden Sie hier.

>>> mehr

Urteil: Geringverdiener müssen Reinigung von Berufskleidung nicht bezahlen

Geringverdiener brauchen sich nicht an den Reinigungskosten für ihre Berufskleidung zu beteiligen. Die Kosten trägt allein der Arbeitgeber.

>>> mehr

Altersvorsorge: Fondsgebundene Riester-Rente trotz der Krise

Die staatlich geförderte Riester-Rente ist nach wie vor beliebt – besonders, wenn es sich um Fondssparpläne handelt.

>>> mehr

Studie: Freiberufler erwirtschaften jeden zehnten Euro

Es gibt immer mehr Freiberufler in Deutschland. Sie erwirtschaften erstmals mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

>>> mehr

(U.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

ZUR PERSON

Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages und **Dr. Thomas Köster**, Hauptgeschäftsführer des NRW-Handwerkstages, haben dem AGS-Landesverband NRW in Anknüpfung an vorhergehende Kontaktgespräche aus dem vergangenen Jahr eine gemeinsame Veranstaltung mit aktuellen mittelstands- und handwerksbezogenen Themen angeboten. Der Handwerkstag schreibt u. a.: „Wir freuen uns, wenn wir den Gesprächsfaden mit Ihnen weiter knüpfen können.“ +++ **Thomas Brückner**, Gastwirt des „Schraders“ in Stade und dort Beisitzer im AGS-Vorstand, gehört zu denjenigen, die in den letzten Tagen neuer Bezieher der AGS-Nachrichten NRW geworden sind. +++ **Prof. Dr. Michael Hamann**, Landesvorsitzender der AGS Niedersachsen und Initiator der überparteilich angelegten Wählerinitiative „Wirtschaft für Steinmeier“, freut sich nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub über eine möglichst große Zahl von Unterstützern (*s. rechts*) +++ **Oliver Wittke**, Gelsenkirchener Ex-OB, rasender und skandalträchtiger Ex-Bau- und Verkehrsminister und MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU, Vorsitzender der CDU-Ruhr und Stellv. CDU-Landesvorsitzender, hat neben seinen bisherigen Ämtern jetzt die Geschäftsführung einer Bau-firma (Dotierung: 200.000 Euro) übernommen. Mike Groschek, der SPD-Generalsekretär in NRW kommentiert: „Lieber plant er künftig Stadionbauten in Algerien, statt sich um die Politik vor Ort zu kümmern. Oliver Wittke sollte seine Ämter und Mandate niederlegen, damit er sich ganz seiner neuen Aufgabe widmen kann. Anders wird er nicht glaubwürdig klar machen können, wie er einen sauberen Trennstrich zwischen seiner politischen Tätigkeit und den zahlreichen Bau- und Grundstücksaktivitäten seines neuen Arbeitgebers in NRW ziehen will.“ <



TERMINE

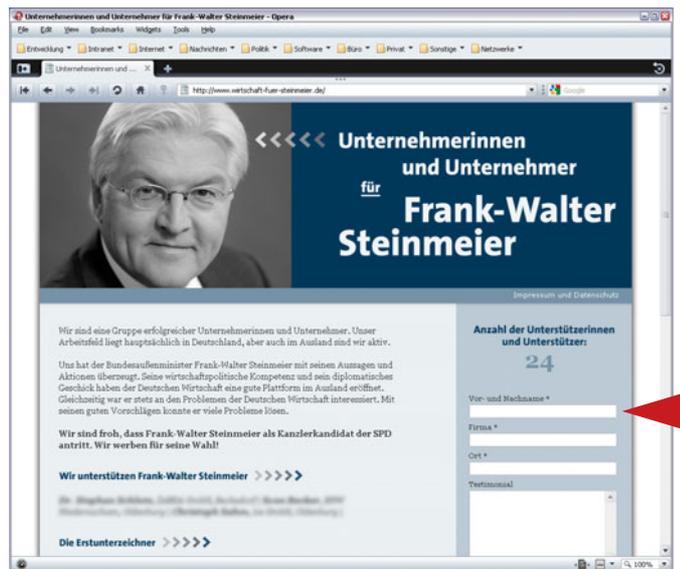
DONNERSTAG, 9. JULI 2009, AB 18:00 UHR
Unternehmerstammtisch der AGS Gelsenkirchen in „Charlys Schalker“

Die Gelsenkirchen AGS lädt zu einem zwanglosen Unternehmerstammtisch ein. Selbständige, Freiberufler und Mittelständler sind dazu herzlich willkommen. Die Einladung gilt auch für benachbarte AGS-Stützpunkte.

„Charlys Schalker“, direkt am Trainingsplatz von SO4, Zufahrt Kurt-Schumacher-Straße

WÄHLERINITIATIVE GESTARTET „WIRTSCHAFT FÜR STEINMEIER!“

Die Wählerinitiative „Wirtschaft für Steinmeier“ ist seit heute im Netz – wir bitten um Unterstützung!



Ab sofort können sich dort alle Unternehmer, Mittelständler, Freiberufler und Handwerker, die die Kanzlerkandidatur von Frank-Walter Steinmeier unterstützen möchten, mit ihrem (Firmen-) Namen und optional mit einem Testimonial auf der Seite eintragen.

> <http://www.wirtschaft-fuer-steinmeier.de>

Bis zur nächsten Ausgabe,

Gerhard Teulings

Gerhard Teulings
 AGS-Landesvorsitzender